



Stadt Tornesch • Postfach 21 42 • 25437 Tornesch

An die Mitglieder des
Bau- und Planungsausschusses

n a c h r i c h t l i c h
an alle übrigen Ratsfrauen und
Ratsherren sowie bürgerlichen Mit-
glieder

**Der Vorsitzende des
Bau- und Planungsausschusses**

Geschäftsstelle
Wittstocker Str. 7
25436 Tornesch

Auskunft erteilt: Peter Borchert
Zimmer: 124 1. Obergeschoss
Telefon: 04122-9572-30
Fax: 04122-9572-82
E-Mail: peter.borchert@tornesch.de
Internet: www.tornesch.de

Tornesch, den 24.01.2008

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Einvernehmen mit Herrn Bürgermeister Krügel lade ich Sie zu einer

öffentlichen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses

am Montag, den 04.02.2008 um 19:30 Uhr im Sitzungssaal im Rathaus Tornesch,
Wittstocker Str. 7 ein.

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Bericht der Verwaltung	VO/08/341
4	Anfragen von Ausschusmitgliedern	
5	Finanzierung K 22	VO/08/332
6	Ausbau der Denkmalstraße - Antrag Herr Rahn, BA 03.12.07	VO/08/333
7	Planung Straßenbau Stadtkern (Wilhelm-Schildhauer-Straße i.V. mit dem Sielbau)	VO/08/334
Nicht-öffentlicher Teil		
8	Bauanträge 1	VO/08/335
9	Bauanträge 2	VO/08/342

Mit freundlichen Grüßen

gez. Arnold Hatje
Vorsitzender



Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr: VO/08/341 Status: öffentlich Datum: 22.01.2008 Berichterstatter: Peter Borchert Vortrag im Rat: Erstellt von: Peter Borchert
Bericht der Verwaltung	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
04.02.2008	Bau- und Planungsausschuss

1. Stadtkernsanierung / Bahnhofsumfeldverbesserung / Fußgängerbrücke

Die zusätzliche Planabstimmung durch den von der DB zertifizierten Planer wird zur Zeit durchgeführt. Die Planung für den Oberleitungsumbau wurde von der DB-Projektbau noch nicht vorgenommen.

Die nächste Projektsitzung findet am 28.01.08 statt. Ein Bericht über das Ergebnis erfolgt mündlich.

2. Ausbau Heimstättenstraße / Wilhelmstraße

Der Abschnitt Pfaßweg-Pastorendamm ist fertiggestellt und der Abschnitt Pastorendamm-Bültenweg ebenfalls bis auf die Fahrbahndeckschicht, die je nach Witterungsverhältnissen ab Mai/Juni eingebaut werden soll.

Der Baubeginn für den Abschnitt Bültenweg-Norderstraße ist ab 07.01.08 mit den Leitungsverlegungen und dem Rückbau der Fahrbahn erfolgt. Die Nichtfräsbarkeit der Betontragschicht und die Bodenverhältnisse stellen sich nach Inaugenscheinnahme wie in dem vorgenannten Abschnitt dar. Die bodenmechanischen Eigenschaften werden dezidiert vor Ort analysiert. Danach wird entschieden wie viel Boden ausgetauscht und ob die Tragfähigkeit durch Einbau eines Geotex-Vlieses verbessert werden muss. Mit Kosteneinsparungen ist voraussichtlich nicht zu rechnen.

3. Gleisanlage der NEG/Bahnhofplatz

Für die Zusammenlegung von 2 Überwegen wurde der Genehmigungsantrag beim Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht gestellt. Die Ausschreibung und Auftragsvergabe der Bauleistungen für den Einbau der Rillenschiene einschließlich Pflasterarbeiten ist erfolgt. Der Baubeginn ist kurzfristig vorgesehen.

4. Verkehrsverhältnisse Lindenweg

Ende des vergangenen Jahres wurde angeregt im Lindenweg eine Verkehrszählung einschließlich des LKW-Anteils und der gefahrenen Geschwindigkeiten durchzuführen.

In der Zeit vom 10.01.2008 bis zum 17.01.2008 (außerhalb der Ferienzeiten, ohne Glätteis) wurde im Lindenweg ein gemietetes Zählgerät aufgestellt. Dieses zählte die vorbeikommenden Fahrzeuge in beiden Richtungen, inklusive der Geschwindigkeit und der ungefähren Länge. Es können also LKW und PKW voneinander unterschieden werden (siehe beiliegende Statistik).

Bei der Auswertung konnte festgestellt werden, dass in der gemessenen Woche ca. 16000 Fahrzeuge wöchentlich durch den Lindenweg gefahren sind. Das sind je Fahrtrichtung ca. 8000 Kraftfahrzeuge. Davon ungefähr 170 LKW, bzw. landwirtschaftliche Fahrzeuge, d. h. ca. 2 pro Stunde tagsüber. Es wurde festgestellt, dass die Anzahl der LKW in beiden Richtungen annähernd gleich ist, obwohl es in Richtung Süden ein LKW-Verbot gibt. Diese Fahrzeuge könnten beispielsweise auch größere Wohnmobile, Trecker mit Anhänger oder Müllfahrzeuge sein. Der Anteil von LKW ist als relativ gering zu bezeichnen.

Bei der Geschwindigkeitsmessung konnte festgestellt werden, dass 50-60 % der Fahrzeuge unter 40 km/h fahren. Ein weiteres Drittel der Fahrzeuge fährt 40 – 50 km/h, ca. 7 % fahren 50 – 60 km/h und ungefähr 1 % über 60 km/h. In Richtung Ahrenloher Straße ist, im Gegensatz zur anderen Richtung, eine leicht erhöhte Quote von zu schnell fahrenden Fahrzeugen zu erkennen. Dies liegt vor allem daran, dass im gemessenen Abschnitt und in dieser Fahrtrichtung nicht auf Rechts-vor-Links-Verkehr geachtet werden muss.

Das Geschwindigkeitsniveau ist als erhöht zu bewerten, so dass Geschwindigkeitskontrollen (aber auch in anderen Straßen) – wie zuletzt am 15. Januar – angeraten sind.

Die 2006 vom Kreis im Rahmen der K22-Planung durchgeführte Verkehrsanalyse ergab eine tägliche (5-Tage-Woche) Verkehrsbelastung von 2900Kfz/24h. Die aktuelle Zählung schließt auch das geringer belastete Wochenende ein, so dass die Zahlen relativ übereinstimmen.

1992/93 wurden in der Wilhelmstraße/Heimstättenstraße (Tempo30) umfangreiche Geschwindigkeitsmessungen (ohne/mit „Kübel“) mit dem Ergebnis eines Durchschnittes von rd. 38-45km/h durchgeführt. Das Maximum betrug 78Km/h. 90% der gemessenen Werte lagen über 30km/h. Das ermittelte Geschwindigkeitsprofil des Lindenweges unterscheidet sich somit nicht wesentlich von anderen Straßen.

Die Messung der Verkehrsmengen und –geschwindigkeiten hat folgendes Ergebnis erbracht:

Verkehrszählung Lindenweg 10.01.2008 -17.01.2008

Richtung Süden: ca. 8100 Fahrzeuge, davon 78 LKW

km/h	bis 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	über 60
Fahrzeuge	900	4000	2700	450	55
in %	10	50	34	5,5	0,5

Richtung Norden: ca. 8000 Fahrzeuge, davon 92 LKW

km/h	bis 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	über 60
Fahrzeuge	1400	2600	2900	850	140
in %	17,5	32,5	38	10	2

5. Teilrückbau Verkehrsberuhigungselemente Friedlandstraße

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde in mehreren Ausschüssen über einen möglichen Rückbau der Verkehrsberuhigungselemente in der Friedlandstraße beraten, da zum Schulbeginn und -schluss es immer wieder zu unübersichtlichen und gefährlichen Verkehrssituationen kommt, insbesondere für die Fahrer der Linienbusse. Um Lösungen zur

Verbesserung zu erarbeiten wurde ein gemeinsamer Ortstermin mit der KVIP, der Polizeiinspektion, sowie der Straßenverkehrsbehörde des Kreises durchgeführt. Als besonders kritisch wurde die Insel gegenüber der Einmündung der Friedensallee hinsichtlich des Gegenverkehrs (Frontalkonflikt) beurteilt. Darüber hinaus ragt der Bus mit dem vorderen Überhang

in den Gehweg.

Alle übrigen Inseln beinhalten bis auf die Einmündung Klaus-Groth-Straße geringere Probleme, so dass empfohlen wurde, vorerst lediglich die Insel gegenüber der Einmündung der Friedensallee zurück zu bauen.

Die im Haushalt 08 für den Rückbau vorgesehenen Mittel sind bis zur Freigabe durch den Bau-PlanA mit einem Sperrvermerk versehen. Mit dem Einvernehmen des Ausschusses die Insel im Bereich der Einmündung Friedensallee zurück zu bauen, können die Arbeiten bis zum 15.03.08 durchgeführt werden.

Gez.
Roland Krügel
Bürgermeister



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/08/332
Federführend: Bau- und Umweltamt	Status: öffentlich Datum: 16.01.2008 Berichterstatter: Peter Borchert Vortrag im Rat: Erstellt von: Peter Thormählen
Finanzierung K 22	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
04.02.2008	Bau- und Planungsausschuss

- A: Sachbericht**
B: Stellungnahme der Verwaltung
C: Prüfungen: 1. Umweltverträglichkeit
 2. Kinder- und Jugendbeteiligung
D: Finanzielle Auswirkungen
E: Beschlussempfehlung

Zu A und B: Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

FDP Ortsverband Tornesch

Peter Thormählen, Koppeldamm 40, 25436 Tornesch

14.01.2008

Antrag

Finanzierung K 22

Sitzung des Bauausschusses am 04.02.2008

Sehr geehrter Herr Hatje,

Der Kreistag hat am 19.12.07 das Folgende beschlossen:

„Der Kreis ist bereit, den Bauabschnitt Wischmühlenweg jetzt auszubauen. Ziel muss es dabei sein, dass sich Uetersen mit 10% an den Kosten beteiligt. Eine neue Trassenführung, die Tornesch-Esingen umgeht, wird vom Kreis nur dann gebaut, wenn sich Tornesch mit 10% an den Kosten beteiligt. Die Stadt Tornesch wird aufgefordert, im 1. Quartal verbindlich zu erklären, welche Trassenführung sie aus ihrer Sicht für die optimale hält. Die im HH vorgesehenen 3.000.000 Euro für die K 22 werden solange mit einem Sperrvermerk versehen - Freigabe durch den Hauptausschuss -.“

Der Bauausschuss der Stadt Tornesch hat am 03.09.07 das Folgende beschlossen:

1. Die alleinige Fertigstellung der K 22 kann die verkehrliche Situation langfristig in Tornesch nicht lösen. Allenfalls wird hiermit kurzfristig eine leichte Entspannung im Ortskern geschaffen, die bereits in wenigen Jahren wieder aufgebraucht ist. Tornesch besteht deshalb weiterhin darauf, die K 22 erst fertig zu stellen, wenn die Westumgehung Pinnebergs im Bau ist.
2. Die Stadt Tornesch präferiert eine großzügige Südumgehung Torneschs, die auch die Möglichkeit beinhalten sollte, eine weitere Anbindung an die BAB 23 in Höhe der GAB zu realisieren, da die L110 bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenze gelangt ist.
3. Die vom Kreis geplante Vorzugsvariante in offener Bauweise ist für die Stadt Tornesch auf keinen Fall tragbar. Eine denkbare kurzfristige Lösung, die bis zur Realisierung eines vernünftigen Verkehrskonzeptes (siehe Punkte 1 und 2) zum Tragen kommen könnte, wäre der Bau auf der vorgesehenen Trasse in Trogbauweise mit Unterführung unter der L107, um den durchfließenden Verkehr so emissionsarm wie möglich zu gestalten.
4. Der Ausbau der K 22 im Abschnitt Wischmöhlenweg / Große Twiete darf erst begonnen werden, wenn der Bau des Mittelstückes zwischen Großer Moorweg von Hasewko bis zur Pinneberger Straße unumkehrbar begonnen ist.

Wir haben unseren Wunsch hinsichtlich der Trassenführung bereits im Beschluss vom 03.09.07 deutlich zum Ausdruck gebracht: „Die Stadt Tornesch präferiert eine großzügige Südumgehung Torneschs.“

Da die südliche Umgehung Esingens ca. 10 Mio. € teurer werden wird als die vom Kreis vorgesehene Variante, halten wir es für fair, dass sich Tornesch und Uetersen an den Kosten beteiligen. Wir unterbreiten daher den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag

1. Der Bürgermeister wird gebeten, die Verwaltung des Kreises erneut auf den Beschluss des Tornescher Bauausschusses vom 03.09.07 hinzuweisen und hier insbesondere auf den Punkt 2.
2. Der Bürgermeister wird gebeten, der Kreisverwaltung mitzuteilen, dass sich Tornesch mit 10% höchstens jedoch mit 1,0 Mio. € an den Ausbaukosten der K 22 beteiligen wird. Diese Zusage gilt nur für den Fall, dass der Ausbau der K 22 gemäß Punkt 2 oder 3 des Beschlusses vom 03.09.07 vorgenommen wird.
3. Der Bürgermeister wird gebeten, in den nächsten 4 Jahren die erforderlichen Rückstellungen im Haushalt zu bilden.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Thormählen

Stellungnahme der Verwaltung

Gemäß Straßen- und Wegegesetz des Landes S.-H. ist der Kreis Träger der Straßenbaulast. Eine Mitfinanzierung durch die Stadt ist daher Kraft Gesetzes nicht vorgesehen.

Unter Berücksichtigung, dass die Stadt eine erhebliche Kreisumlage zu tragen hat, wäre eine freiwillige Mitfinanzierung einer Kreisstraße eine außerordentlich ungewöhnliche Maßnahme, die den städtischen Haushalt überbelasten (Kreditaufnahme) würde. Da die südliche Umfahrung keine kostengünstige Maßnahme darstellt, wären die Förderkriterien gem. GVFG nicht gegeben.

Der Beschluss des Kreistages wurde der Stadt am 16.01.08 von der Kreisverwaltung übermittelt.

Der Beschluss ist sehr vage formuliert, dass eine fachliche Stellungnahme nicht erfolgen kann.

Der Kreis wird daher gebeten seinen Beschluss zu präzisieren (welche Variante und Kosten?)

Die Stadt hatte in ihrem Beschluss eine südliche Umfahrung von Esingen präferiert. Eine Wiederholung dieses Beschlusses ergibt keinen Sinn. Vielmehr müsste der Kreis nach einer detaillierten Bestandsaufnahme des Untersuchungsraumes eine Variantenuntersuchung (Linienbestimmung) für die Südumfahrung unter Berücksichtigung aller technisch, ökologisch und ökonomisch relevanten Aspekte mit Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange in einem Zeitrahmen von ca. 2-3 Jahren durchführen:

- Verkehrs- und straßenbautechnische Belange,
- Wasserwirtschaftliche Belange
- Umweltverträglichkeit; problematisch, da vorh. Trasse zur Verfügung steht
- Lärmschutz
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach Naturschutzrecht
- Grunderwerb prüfen, Tausch- u. Ersatzflächen, Flurbereinigung, Erschwernisschädigungen für längere Transportwege der Landwirtschaft
- Entwurfsplanung und Kostenberechnung aufstellen (Haushaltsunterlagen)
- Einleitung des Planfeststellungsverfahrens

Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine Einstellung einer Maßnahme in den Haushalt sind erst dann gegeben, wenn die Planung so weit abgestimmt ist, dass Entwurfs- und Kostenunterlagen (HU-Bau) vorliegen und eine Realisierbarkeit (Planfeststellungsbeschluss) in Aussicht steht.

Nur die Ratsversammlung ist berechtigt Beschlüsse haushaltsrechtlicher Relevanz zu fassen.

Erst danach kann der Bürgermeister Verpflichtungserklärungen zu Nr.2 des Beschlussvorschlages der FDP-Fraktion abgeben.

Zu C: Prüfungen

1. Umweltverträglichkeit

entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung

entfällt

Zu D: Finanzielle Auswirkungen

entfällt

Zu E: Beschlussempfehlung

s.o.

Anlage: Kreistagsbeschluss / Schreiben des Kreises Pinneberg vom 14.01.2008

Kreis Pinneberg · Postfach 1751 · 25407 Pinneberg

Herrn
Bürgermeister
der Stadt Tornesch
25436 Tornesch

Stadt Tornesch	
Eing: 18. JAN. 2008	
Amt 3	Fachdienst

Der Landrat
Fachdienst Straßenbau
und Verkehrssicherheit

Ihr Ansprechpartner
Herr Zisack
Tel.: 04101-70 95-54
Fax: 04101-70 95-71
m.zisack@kreis-pinneberg.de
Flensburger Straße 1 a
25421 Pinneberg
Zimmer 12 a

Pinneberg, den 14.01.2008

Herrn Bürgermeister
der Stadt Uetersen
25436 Uetersen

Ausbau der Kreisstraße 22 von Uetersen nach Tornesch
hier: Kreistagsbeschluss vom 19.12.2007

Sehr geehrter Herr Krügel,
sehr geehrter Herr Wiech,

der Kreistag des Kreises Pinneberg hat am 19.12.2007 den nachfolgenden Beschluss gefasst:

„Der Kreis ist bereit, den Bauabschnitt Wischmöhlenweg jetzt auszubauen. Ziel muss es dabei sein, dass sich Uetersen mit 10 % an den Kosten beteiligt. Eine neue Trassenführung, die Tornesch-Esingen umgeht, wird vom Kreis nur dann gebaut, wenn sich Tornesch mit 10 % an den Kosten beteiligt. Die Stadt Tornesch wird aufgefordert, im 1. Quartal verbindlich zu erklären, welche Trassenführung sie aus ihrer Sicht für die optimale hält.

Die im Haushalt vorgesehenen 3.000.000 € für die K 22 werden solange mit einem Sperrvermerk versehen – Freigabe durch den Hauptausschuss - .“

Um Stellungnahme wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen





Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/08/333
Federführend: Bau- und Umweltamt	Status: öffentlich Datum: 21.01.2008 Berichterstatter: Peter Borchert Vortrag im Rat: Arnold Hatje Erstellt von: Sylvia Köhn
Ausbau der Denkmalstraße - Antrag Herr Rahn, BA 03.12.07	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
04.02.2008	Bau- und Planungsausschuss

- A: Sachbericht**
B: Stellungnahme der Verwaltung
C: Prüfungen: 1. **Umweltverträglichkeit**
 2. **Kinder- und Jugendbeteiligung**
D: Finanzielle Auswirkungen
E: Beschlussempfehlung

Zu A und B: Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 03.12.2007 wurde von Herrn Rahn der Antrag gestellt, über den Zustand der Denkmalstraße im Bereich des Bahnüberganges zu beraten. Dieses Thema wurde zuletzt in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 03. September 2001 auf Antrag der SPD- Fraktion beraten. Der Beschluss lautet die Entscheidung bis zum Beschluss des Verwaltungsgerichtes über die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss K22 / L 107 zurück zu stellen.

Die Denkmalstraße zwischen der Kaffeetwiete und dem Bahnübergang mit einer Gesamtlänge von rd. 50 m verfügt über eine Fahrbahnbreite von 4,50 m. Dies entspricht der Breite des Bahnüberganges. Für den Begegnungsfall LKW/LKW ist bei verminderter Geschwindigkeit ein Verkehrsraum von 5,50 m und für den Begegnungsfall PKW/LKW ein Verkehrsraum von 4,75 m erforderlich. Aufgrund der zu geringen Fahrbahnbreite im Begegnungsfall wird der sich auf der westlichen Seite an die Fahrbahn anschließende unbefestigte Seitenstreifen in Mitleidenschaft gezogen.

Die Denkmalstraße verfügt zwischen der Kaffeetwiete und dem Bahnübergang über 2 Ausbauformen. Von den rd. 50 m sind ca. 15 m in Natursteinpflaster und rd. 35 m in Asphaltbauweise ausgeführt. Es besteht die Möglichkeit den unbefestigten Seitenstreifen auf einer Breite von rd. 1,0 m analog den vorhandenen Bauweisen zu befestigen.

Zu C: Prüfungen

1. Umweltverträglichkeit

entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung

entfällt

Zu D: Finanzielle Auswirkungen

Nach einer Kostenschätzung wird für die Verbreiterung der Denkmalstraße mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 13.500,--Euro gerechnet. Für den Ausbau wäre die Stadt gem. geschlossenem Vertrag mit dem Kreis zuständig. Der Kreis ist nur für die Finanzierung der neuen K 22 zuständig. Gemäß Satzung wäre die Stadt verpflichtet die Ausbaukosten auf die Anlieger umzulegen. Die Denkmalstraße ist in der Anlage zur Ausbaubeitragsatzung als Hauptverkehrsstraße bezeichnet. Der Beitragssatz beträgt 50 % für die Fahrbahn und 60 % für die Bordsteine und Entwässerung. 4 Grundstücke sind beitragsfähig.

Die Mittel müssten nach Info der Anlieger im Nachtragshaushalt 08 oder Haushalt 09 eingestellt werden.

Zu E: Beschlussempfehlung

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt den Ausbau der Denkmalstraße zwischen der Kaffeetwiete und Bahnübergang z. Zt. nicht zu realisieren. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt die Unterhaltungsmaßnahmen zu verstärken und zu den Haushaltsberatungen 2009 eine erneute Beratung durchzuführen.

Gez.
Roland Krügel
Bürgermeister



Beschlussvorlage Federführend: Bau- und Umweltamt	Vorlage-Nr: VO/08/334 Status: öffentlich Datum: 21.01.2008 Berichtersteller: Peter Borchert Vortrag im Rat: Arnold Hatje Erstellt von: Sylvia Köhn				
Planung Straßenbau Stadtkern (Wilhelm-Schildhauer-Straße i.V. mit dem Sielbau)					
Beratungsfolge: <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">Datum</td> <td style="width: 15%;">Gremium</td> </tr> <tr> <td>04.02.2008</td> <td>Bau- und Planungsausschuss</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	04.02.2008	Bau- und Planungsausschuss
Datum	Gremium				
04.02.2008	Bau- und Planungsausschuss				

A: Sachbericht

B: Stellungnahme der Verwaltung

C: Prüfungen:

1. Umweltverträglichkeit
2. Kinder- und Jugendbeteiligung

D: Finanzielle Auswirkungen

E: Beschlussempfehlung

Zu A und B: Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Die Kanalisation in den Straßen Wilhelm-Schildhauer-Straße, v.-Helms-Straße und Am Grevenberg ist mit die älteste in Tornesch. Im Zusammenhang mit den Planungen der Kanalsanierungsmaßnahmen wurde, da auch der Straßenzustand desolat ist, parallel eine Straßenzustandserfassung einschl. Erarbeitung eines Instandsetzungskonzeptes durchgeführt. Hintergrund dieser Maßnahme war es, den Sanierungsumfang unter Berücksichtigung der ohnehin bei einer Kanalsanierung anstehenden Oberflächenwiederherstellung zu ermitteln.

Das Ergebnis der Zustandserfassung zeigt für die Wilhelm-Schildhauer-Straße und v.-Helms-Straße einen nicht ausreichenden Asphaltoberbau, so dass eine Sanierung der Straßen aus Unterhaltungsmitteln im Zuge einer Kanalsanierung nicht möglich ist.

Seit dem Jahr 2007 bis voraussichtlich Ende 2008 erfolgen im Rahmen der Erstellung eines Kanalkatasters die Kanalreinigungs- und Inspektionsarbeiten sämtlicher Kanäle. Parallel werden die Inspektionsdaten ausgewertet und Sanierungskonzepte für die einzelnen Abschnitte erstellt. Insgesamt ist das Stadtgebiet in 9 Abschnitte unterteilt.

Des weiteren ist für das Jahr 2008 die Erstellung eines Straßenkatasters geplant. Dieses Kataster umfasst neben der Vermögensbewertung auch eine Straßenzustandserfassung des gesamten Netzes als Grundlage für die Vermögensbewertung (Doppik).

Somit kann dann für jeden Kanalsanierungsabschnitt gleichzeitig der erforderliche Aufwand für den Bereich Straßen ermittelt und dargestellt werden.

Im Vermögenshaushalt 08 wurden Planungsmittel für den Straßenausbau in Höhe von 30.000,-- Euro mit einem Sperrvermerk eingestellt. Die Freigabe der Mittel soll nach einer Grundsatzdiskussion im Bau- und Planungsausschuss erfolgen, da bei den Haushaltsberatungen der erforderliche Zeitbedarf nicht gegeben war. Nach Freigabe der Mittel und Aufstellung der Entwurfsplanung soll dann der übliche Beratungsverlauf erfolgen.

Zu C: Prüfungen

1. Umweltverträglichkeit

entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung

entfällt

Zu D: Finanzielle Auswirkungen

entfällt

Zu E: Beschlussempfehlung

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt die Freigabe der Planungsmittel für den Straßenausbau im Vermögenshaushalt 08 unter der Haushaltsstelle 6328.955.100 in Höhe von 30.000,-- Euro.

Gez.
Roland Krügel
Bürgermeister